

StromWettbewerb, aber bitte fair!

Von Ulrich Jochimsen, Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V., Potsdam

Der Energiemarkt steht vor einem gewaltigen Umbruch, vergleichbar dem Markt für Telekommunikation nach dem Ende des Fernmeldemonopols.

Die "Liberalisierung" - besser Entfesselung - des EU-Strommarktes hat begonnen, mit gewaltigen Vorteilen für die Energiekonzerne und ihre Großkunden. In Zukunft soll der Kunde wählen können, von wem er seinen Strom bezieht. Das setzt die Anbieter gewaltig unter Druck, vor allem die kleinen Erzeuger. Die großen Kraftwerke schließen sich zu faktischen Kartellen zusammen. Wer in diesem harten Wettbewerb mithalten will, muß entweder kräftig wachsen oder sich etwas Neues einfallen lassen, um nicht von den Großen geschluckt zu werden.

Bis der verschärfte Wettbewerb mit drastischen Preisnachlässen auch den "normalen" Privatkunden erreicht, wird es noch eine Weile dauern, denn die Energiekonzerne mauern in jeder Hinsicht:

- propagieren den Handel mit "virtueller erneuerbarer Energie" mittels international an der Börse handelbarer "Grüne Zertifikate";
- halten zunächst an den alten Stromzählern und für sie vorteilhaften Abrechnungsmodalitäten fest;
- obwohl die Kabel nicht nur Informationen übertragen, sondern entfernungsabhängig elektrische Arbeit fressen, manche Fernstrecken mehr Geld kosten als effektive dezentrale Erzeugungsanlagen, wollen die Konzerne einen einheitlichen (hohen) Strom-Durchleitungstarif - Prinzip Briefmarke - für das ganze Land bzw. für die EU durchsetzen;
- erweitern mit Hochdruck Höchstspannungsnetze, um sie als Heerwege unserer Zeit im Kampf gegen die AGENDA 21-Anhänger einzusetzen.

Auch für die Nachbarstaaten Deutschlands wirkt sich verheerend aus, daß die Bundesregierung Kohl zugunsten der übermächtigen Konzerne darauf verzichtete, eine unabhängige Regulierungsbehörde zu schaffen, die den Zugang zum Netz überwacht und entschieden einschreitet, wenn die alten - in den letzten Jahrzehnten enorm gestärkten - Monopolisten neue Akteure behindern.

Staatliche Aufsichtsbehörden gibt es in all den Staaten, in denen der Strommarkt wirklich aufgebrochen wird. Wie notwendig diese sind, wird am Beispiel des deutschen Telekommunikationsmarktes der letzten Jahre deutlich. Denn ohne Druck wird es faire Bedingungen für kleine Erzeuger und Verbraucher nicht geben. Stattdessen haben die deutschen Stromer den Bundesminister der Finanzen Oskar Lafontaine aus der politischen Bahn geworfen, wie vor 22 Jahren den Oberbürgermeister von Hamburg, Ulrich Klose.

Das neue Energieartikelgesetz vom April 1998 ist ein Trojanisches Pferd, weil es in einem unverdächtigen - demokratischen - Gewand daherkommt, daß weitere Zentralisierungen erzwingt.

Wie beim EURO profitieren die Großkonzerne vom Energieartikelgesetz des Jahres 1998. Sie haben die Finanzkraft und multinationale Ausrichtung, um von dieser Art "Wettbewerb" zu profitieren, während in Zukunft den Kleinen im EU-Großraum der Wind stärker ins Gesicht weht.